

Kombilöhne in den USA und in Großbritannien

Der gleiche Ansatz, aber verschiedene Effekte

In den USA ebnen Einkommensbeihilfen in Form von Steuergutschriften mehr Menschen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt als in Großbritannien. Die unterschiedlichen Erfahrungen beider Länder liefern auch für die Diskussion zum Kombilohn in Deutschland bedenkenswerte Hinweise.

In den 90er Jahren haben die USA und Großbritannien ihre Sozial- und Steuersysteme grundlegend reformiert. Kernstück dieser Reformen waren Steuerrückerstattungen für Geringverdiener, die zu einer umfassenden Aktivierungspolitik unter dem Slogan „Welfare-to-Work“ (Wohlfahrt durch Arbeit) gehören. Damit sollen der Langzeitbezug von Sozialhilfe gesenkt, die Erwerbsbeteiligung erhöht und die Armut von Geringverdienern bekämpft werden.

Die Fakten

Mit dieser Absicht haben die Clinton-Administration in den USA und die Blair-Regierung in Großbritannien einerseits erhebliche Einkommensbeihilfen in Form von Steuergutschriften gewährt. Andererseits sind insbesondere in den USA soziale Transferleistungen für nicht Erwerbstätige deutlich gekürzt und mit strikten Auflagen verknüpft worden. Beispielsweise müssen dort Sozialleistungsbezieher gemeinnützige Arbeit leisten.

Die Regierungen beider Länder haben die Maßnahmen im Rahmen ihrer unterschiedlichen sozialstaatlichen Systeme umgesetzt. So garantiert der britische Sozialstaat jedem ein bedarfdeckendes, soziokulturelles Existenzminimum. Dagegen haben die USA mit der Reform von 1996 die Sozialhilfe auf bedürftige Alleinerziehende und Familien mit Kindern begrenzt. Zudem wurde die Dauer des Leistungsbezugs auf maximal fünf Jahre im gesamten Lebensverlauf beschränkt.

Der Staat stellt zwar auch Alleinstehenden und Paaren Lebensmittelkarten, Zuschüsse zu Unterkunftskosten und eine medizinische Grundversorgung bereit. Dabei prüft er aber die Bedürftigkeit für diese Leistungen immer im

Einzelnen. Im Gegensatz zu Großbritannien und anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten orientieren sich die Zahlungen somit nicht am Grundbedarf, der das soziale Existenzminimum eines Haushaltes insgesamt abdeckt.

Da in der Regel selbst verdientes Einkommen auf die staatlichen Transferzahlungen angerechnet wird, ergeben sich daraus auch unterschiedliche Anreize, niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Im Fall eines gesicherten Existenz-



minimums durch Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, das nur geringfügig über dem erzielbaren Lohn liegt, lohnt sich die Aufnahme einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit aus finanziellen Gründen in vielen Fällen nicht.

Wie Kombilöhne wirken

Kombilöhne in Form von Zuschüssen zum Lohn oder als Zuschuss zur Sozialversicherung, den Arbeitgeber als Eingliederungsbeihilfe erhalten, sollen in erster Linie zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Im Gegensatz dazu verfolgen Kombilöhne für Geringverdiener in Form von Steuergutschriften vor allem das Ziel, durch monetäre Anreize die Erwerbsbeteiligung dieser Gruppe auszuweiten und so Armut zu bekämpfen. Nur dies wird hier behandelt.

Ursprünglich geht das Konzept der Kombilöhne in Form von Steuergutschriften („Tax Credits“) auf die Idee der negativen Einkommensteuer zurück. Der Fiskus zahlt eine Gutschrift bei Unterschreiten von Einkommensgrenzen, so dass sich die Steuerlast ins Positive kehrt.

Das Prinzip der „Tax Credits“

Dieses Prinzip wird übertragen auf traditionelle Transfersysteme, in denen Nicht-Erwerbstätige durch soziale Leistungen abgesichert, niedrige Einkommen von Erwerbstätigen aber durch Steuern und Abgaben überproportional belastet werden. Tax Credits setzen bereits ab dem ersten verdienten Euro einen monetären Arbeitsanreiz. Die Steuergutschrift steigt prozentual mit dem Haushalteinkommen bis zu einem bestimmten Betrag, bleibt in einem bestimmten Einkommensbereich konstant und wird allmählich abgeschmolzen. Die Förderung über Steuergutschriften ist somit in das komplexe Zusammenspiel von Steuer- und Transfersystem eingebettet.

Steuergutschriften zielen – wie erwähnt – in erster Linie auf eine höhere Erwerbsbeteiligung von Transferbeziehern. Um ein gesamtwirtschaftlich höheres Arbeitsangebot zu erreichen, können Kombilöhne für Geringverdiener mit verpflichtenden Maßnahmen kombiniert werden. Beide Instrumente sollen sowohl die Suchintensität nach regulärer Arbeit steigern als auch den Anspruchslohn senken, also den Lohn, ab dem sich eine Erwerbsarbeit lohnt (vgl. auch Seite 42 ff).

Ambivalente Anreizeffekte

Ein höheres Einkommen für Geringverdiener generiert allerdings ambivalente Anreizeffekte: Auf der einen Seite steigen mit höherem Einkommen die Anreize, mehr Arbeit anzubieten. Denn für jede Arbeitsstunde kann mehr konsumiert werden, so dass der Preis von Konsumgütern im Vergleich zur Freizeit sinkt. Deshalb steigt das Arbeitsangebot („Substitutionseffekt“).

Auf der anderen Seite führt ein steigendes Einkommen dazu, dass mehr konsumiert und mehr Zeit für Freizeit verwendet werden kann. Deshalb können Arbeitsanreize auch sinken („Einkommenseffekt“). Bei Alleinstehenden dürften die Arbeitsanreize in der Regel mit den Einkommensbeihilfen steigen. In Paarhaushalten kann es wegen des „Einkommenseffektes“ aber auch dazu kommen, dass einzelne Haushaltsmitglieder ihr Arbeitsangebot reduzieren.

Dauerhafte Einkommenssubventionen können auch die Nachfrage nach Arbeit erhöhen. Unter der vereinfachenden Annahme vollkommenen Wettbewerbs am Arbeitsmarkt



führen Kombilöhne nicht nur zu sinkenden Anspruchslöhnen, sondern auch zu sinkenden Marktlöhnen. Dadurch steigt wiederum die Arbeitsnachfrage im Niedriglohnssektor. Mindestlöhne und Tariflöhne über dem Produktivitätsniveau bewirken jedoch, dass sich die effektiven Löhne nicht oder nicht vollkommen an sinkende Anspruchslöhne anpassen. Dies kann die grundsätzlich positiven Nachfragewirkungen von Einkommenssubventionen dämpfen.

Entwicklung des „Tax Credit“ in den USA

Das System der Steuerrückerstattungen wurde in den USA bereits 1975 eingeführt. Allerdings betrug der maximale Förderbetrag damals nur 400 US-Dollar im Jahr. Mit der großen Sozialhilfereform im Jahr 1996 wurde die Steuergutschrift erheblich angehoben und erreichte im Jahr 2005 einen maximalen Förderbetrag von 4.400 US-Dollar pro Jahr.

Ergänzt wird die Steuergutschrift durch einen Zuschlag für Kinderbetreuung in Höhe von maximal 1.000 US-Dollar pro Jahr und der medizinischen Grundversorgung „Medicaid“. Im Jahr 2005 erhielten insgesamt 22 Millionen Haushalte Steuergutschriften, was sie zum quantitativ wichtigsten Instrument staatlicher Sozialleistungen in den USA macht.

Anspruch auf die Steuerrückerstattung in Form des „Earned Income Tax Credit“ haben bedürftige, erwerbstätige Steuerzahler. Der Steuererstattungsanspruch wird mit einer gegebenenfalls vorhandenen Einkommensteuer und den Sozialabgaben verrechnet. Drei Viertel der Zahlungen gehen an Alleinerziehende, deren Armutsrisiko am höchsten ist.

Bei einem Jahresverdienst von 14.500 US-Dollar bekommt eine vierköpfige Familie beispielsweise eine Steuergutschrift in Höhe von 3.600 US-Dollar. Zusätzlich hat sie noch Anspruch auf 2.700 US-Dollar aus dem Lebensmittel-Programm. Damit wird ein Gesamteinkommen erreicht, das oberhalb der offiziellen Armutsgrenze von 19.257 US-Dollar liegt.

Parallel zur Ausweitung der Steuergutschrift baute der Staat die Kinderbetreuung aus, hob den Mindestlohn an und senkte die Transferleistungen für Nichterwerbstätige. Zugleich knüpfte der Gesetzgeber die Auszahlung von Transferleistungen an Auflagen („Workfare“). Sie umfassen Maßnahmen zur Arbeitsuche, zur Qualifizierung und zur gemeinnützigen Arbeit.

Positive Beschäftigungseffekte von „Tax Credits“ und der Sozialhilfereform

Zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, dass der amerikanische „Earned Income Tax Credit“ in Verbindung mit der Sozialhilfereform von 1996 zu einem deutlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung und zu einem Rückgang des Sozialhilfebezugs geführt hat. So sank die Zahl der Familien, die Sozialhilfe bezogen, zwischen 1994 und 2002 von fünf auf zwei Millionen (vgl. Abbildung).

Die Erwerbstätigenquote von Alleinerziehenden stieg im Zeitraum zwischen 1994 und 2001 um zehn Prozentpunkte. 2001 waren Alleinerziehende fast drei Mal so häufig erwerbstätig wie 1977. Hingegen waren verheiratete Mütter etwas seltener berufstätig. Die Beschäftigung ist in der Summe deutlich gewachsen, wozu der Wirtschaftsboom der 90er Jahre sicher beigetragen hat.

Dass der Anstieg der Erwerbsbeteiligung und der Rückgang der Zahl der Hilfebezieher allein auf die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sei, wird von namhaften Forschern bestritten. In mehreren Studien kamen sie vielmehr zu dem Ergebnis, dass die Erfolge bei der Reduzierung der Zahl der Hilfebezieher größtenteils auf die Kombination der Steuergutschrift mit der Sozialhilfereform zurückgeführt werden können.

Die Anhebung des Mindestlohns hatte in den USA keine eindeutig negativen Effekte auf die Beschäftigung. Allerdings ist das Niveau mit 5,15 US-Dollar pro Stunde niedriger als in den meisten europäischen Staaten mit gesetzlichen Mindestlöhnen. Insgesamt liegt die Beschäftigung im Niedriglohnssektor in den USA mit einem Viertel der Gesamtbeschäftigung um rund zehn Prozentpunkte höher als in Europa.

Verteilungswirkungen des „Tax Credits“

Angelsächsische Kombilohnmodelle wie der „Tax Credit“ sollen nicht nur die Erwerbsbeteiligung erhöhen, sondern auch Armut verringern, insbesondere die von Familien mit Kindern. Einkommenssubventionen setzen deshalb am Haushaltseinkommen an. Die Verteilungseffekte dieser Modelle hängen maßgeblich davon ab, welche Folgen die Einführung von Einkommenssubventionen für die Transferleistungen von Nichterwerbstätigen hat.

Einkommenssubventionen für erwerbstätige Geringverdiener können zwar zu einer spürbaren Verringerung der Armut unter der Erwerbsbevölkerung führen. Die Armut unter Nichterwerbstätigen dürfte dagegen steigen, weil die sozialen Transferleistungen für diese Gruppe entscheidend beschnitten wurden. Davon können auch Kinder und andere abhängige Familienmitglieder betroffen sein.

In den USA sind die sozialen Transfers für Nichterwerbstätige stärker gekürzt worden als in anderen Ländern. In vollem Umfang werden die Folgen für Nichterwerbstätige erst in den nächsten Jahren sichtbar werden, wenn die fünfjährige Bezugszeit der Hilfen für bedürftige Familien ausläuft.

Die Verteilungswirkungen der Steuergutschrift selbst sind erwartungsgemäß positiv. Sie zeigt eine hohe Zielgenauigkeit. Vier Fünftel aller Zahlungen gingen an Haushalte, deren Einkommen unter 20.000 US-Dollar lag. Mehr als 95 Prozent der Vergütungen gingen an Steuerzahler, die weniger als den Medianlohn verdienten. So verringerte sich die Armut unter der Erwerbsbevölkerung, speziell die von Alleinerziehenden mit Kindern.

Geringe Nettobelastung des Fiskus

Die Effekte von Kombilöhnen für die öffentlichen Haushalte hängen maßgeblich von drei Faktoren ab:

- von der Zahl der Leistungsbezieher, die ohne Job aus den Transfersystemen ausscheiden,
- von der Zahl der aktivierten Erwerbslosen und
- von der Höhe der Einkommenssubvention und ihrer Gegenfinanzierung durch direkte oder indirekte Steuern.

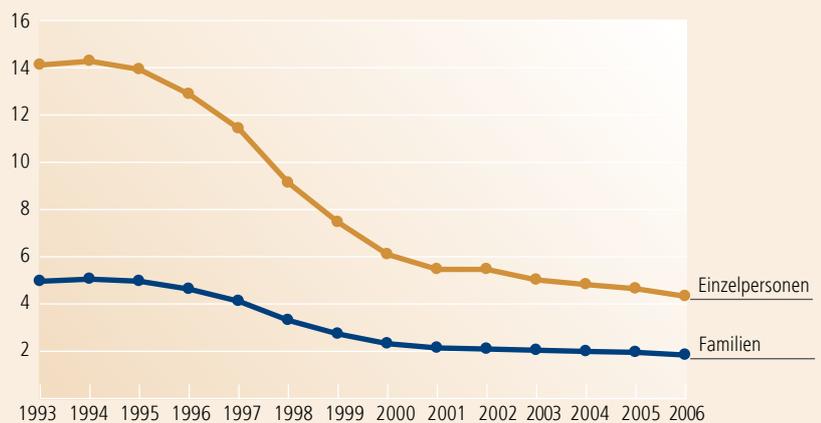
Die Einführung von Kombilöhnen kann zwar für die öffentlichen Haushalte grundsätzlich neutral gestaltet werden. Aber nur um den Preis deutlich niedrigerer Transfers oder höherer Auflagen für erwerbslose Leistungsbezieher. Ist dies aus sozialen und ethischen Gründen nicht erwünscht, müssen Erwerbstätige mit mittleren und höheren Einkommen die Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte finanzieren.

In den USA belasteten die Ausgaben für den „Tax Credit“ den Bundeshaushalt 2005 brutto mit 34 Mrd. US-Dollar oder 0,33 Prozent des BIP. Die von den Empfängern gezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge fließen

Abbildung

Bezieher von Sozialhilfe (TANF)* in den USA 1993 bis 2006

– in Mio.



* Das AFDC-Programm (Aid to Families with Dependent Children) wurde 1996 abgelöst durch das TANF-Programm (Temporary Assistance for Needy Families).

Quelle: US Department for Health & Human Services

©IAB

in diese Rechnung nicht ein. Die Gesamtausgaben für Steuergutschrift, Sozialhilfe, Lebensmittelgutscheine und die medizinische Grundversorgung in Höhe von 0,96 Prozent des BIP dürften jedoch wegen Kürzung der Transfers für Nichterwerbstätige allenfalls zu einer geringen Nettobelastung der öffentlichen Haushalte geführt haben.

Entwicklung des „Tax Credit“ in Großbritannien

Im Jahr 1999 führte die Labour-Regierung nach dem Vorbild der US-amerikanischen Reformen ebenfalls eine Steuerrückzahlung für Geringverdiener in Großbritannien ein. Zunächst konnten nur erwerbstätige Alleinerziehende und Eltern mit Kindern die Steuerrückzahlung beziehen. Seit 2003 profitieren auch kinderlose Erwerbstätige von der neuen Regelung. Der Kinderzuschlag wurde von der Steuergutschrift für Erwerbstätige abgekoppelt. Er wird aber ebenfalls mit steigendem Einkommen abgeschmolzen. Im Juli 2003 haben 5,4 Millionen Familien einen Kinderzuschlag, eine Steuergutschrift für Arbeit oder eine vergleichbare Sozialleistung erhalten.

Wie in den USA sind die Einkommenssubventionen für Geringverdiener Bestandteil einer umfassenderen „Welfare-to-Work“ Politik, die auch gering bezahlte Arbeit attraktiver machen will. Darauf zielten auch Reformen des

Steuer- und Versicherungssystems. Der Staat halbierte für 1,5 Millionen Niedriglohnempfänger den Einkommenssteuersatz und befreite eine Million Menschen von der Beitragszahlung ins nationale Versicherungssystem.

Um Lohndumping und eine massive Förderung von sehr geringen Erwerbseinkommen zu vermeiden, wurde zudem ein Mindestlohn eingeführt. Dieser wurde in Abstimmung mit dem Förderbetrag der Steuergutschrift bei 44 Prozent des Medianeinkommens festgelegt. Damit tritt ein Arbeitnehmer, der den Mindestlohn und die Steuergutschrift erhält über die Armutsschwelle, wenn er 30 Stunden pro Woche arbeitet.

Kontruktionsunterschiede zu den USA

Das britische System weist drei wesentliche Unterschiede zum US-Modell auf: Erstens wird der britische „Working Tax Credit“ auf Basis des Nettohaushaltseinkommens berechnet und nicht auf Bruttobasis wie der amerikanische „Earned Income Tax Credit“. Dies führt dazu, dass der britische „Working Tax Credit“ auf andere Transfers wie Wohngeld angerechnet wird. Das schwächt die monetären Arbeitsanreize. Großzügigere Kinderzuschläge, die auch nichterwerbstätigen Sozialhilfebeziehern zu Gute kommen, verringern zudem die monetären Arbeitsanreize für Haushalte mit Kindern.

Zweitens sind Maßnahmen der Arbeitsuche und Arbeitsförderung, („New Deal“-Programme) für die Mehrzahl der inaktiven Leistungsbezieher bislang freiwillig. Obligatorische Programme gibt es nur für junge Arbeitslosengeldbezieher unter 25 Jahren und für 25 bis 50-jährige Bezieher von Arbeitslosenunterstützung. Für die Mehrzahl der Sozialleistungsbezieher – rund 80 Prozent – sind sie nicht verpflichtend.

„New Deal“-Programme für Alleinerziehende, Ältere und „Erwerbsunfähige“ sind freiwillig. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern sind erwerbsfähige Sozialhilfebezieher (in der Mehrzahl Mütter mit Kindern unter 16 Jahren) nicht zur Arbeitsuche und Arbeitsaufnahme verpflichtet.

Drittens wurden die meisten bedürftigkeitsgeprüften Leistungen bei Arbeitslosigkeit nicht eingeschränkt. Die Kinderzuschläge wurden sogar erhöht. Untersuchungen zu den Veränderungen der Erwerbsanreize in Großbritan-

nien seit 1979 kommen zu dem Ergebnis, dass die von der Labour-Regierung verfolgte Politik des „Make work pay“ die monetären Erwerbsanreize nicht erhöht hat.

Im Gegenteil: Die Erwerbsanreize sind nach den Reformen im Jahr 2000 durchschnittlich gesunken. Ein wesentlicher Grund für dieses Paradox liegt in den parallel durchgeführten Reformen zur Verringerung der Kinderarmut, die wiederum inaktive Haushalte besser gestellt haben.

Geringere Beschäftigungseffekte als in den USA

Die Beschäftigung ist in Großbritannien durch die Einführung der Einkommenssubventionen für Geringverdiener und verpflichtende Programme für inaktive Leistungsbezieher weniger stark gestiegen als in den USA. Die Erwerbsbeteiligung von Eltern, die zwischen 1994 und 2004 durch den „Tax Credit“ gefördert wurden, wuchs um fünf Prozentpunkte, die von Alleinerziehenden um elf.

Verschiedene mikroökonomische Studien kommen aber zu dem Ergebnis, dass der Kombilohn dabei keine große Rolle spielte. So wird der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden aufgrund des „Working Tax Credits“ auf ein bis maximal sieben Prozentpunkte geschätzt. Den meisten Studien zufolge ist die Erwerbsbeteiligung verheirateter Mütter mit einem erwerbstätigen Ehemann durch diese Steuergutschrift sogar gesunken. Die geringen Effekte der Einkommenssubventionen in Großbritannien werden durch folgende Faktoren erklärt:

- Erstens beeinflusst der „Einkommenseffekt“ das Arbeitsangebot in Großbritannien stärker als in den USA, weil der Anteil von (Ehe-)Paaren mit Kindern in Großbritannien viel höher ist.
- Zweitens schwächen die Anrechnung der Steuergutschriften auf andere Transfers und die höheren Transfers an Nichterwerbstätige (z.B. Kinderzuschläge) die monetären Erwerbsanreize.
- Drittens fällt der Druck für die Mehrzahl der nichterwerbstätigen Leistungsempfänger durch die Freiwilligkeit der Teilnahme an den „New Deal“-Programmen sehr viel schwächer aus als in den USA. Die Einführung des Mindestlohns im Jahr 1999 hat die Beschäftigungswirkungen ebenfalls leicht gedämpft.

Erfolge beim Abbau der Kinderarmut

Die britische Regierung legte besonderen Wert auf die Reduzierung der Armut von Familien mit Kindern. Sie hat die geringer verdienenden Haushalte deutlich besser gestellt. Das Einkommen der ärmsten Familien, in denen mindestens ein Erwachsener erwerbstätig ist, stieg im Zeitraum 1997 bis 2004 um 20 Prozent.

Einen ähnlich hohen Zuwachs konnten aber auch die „Workless Families“ aufgrund höherer kinderbezogener Transfers verzeichnen. Die Zahl der Kinder, die in einem Haushalt ohne erwerbstätiges Haushaltsmitglied leben, konnte von 2,7 Millionen in einem Zeitraum von fünf Jahren (1999-2004) um knapp 13 Prozent reduziert werden.

Höhere fiskalische Kosten als in den USA

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die Steuergutschriften belaufen sich in Großbritannien auf rund 0,6 Prozent des BIP und sind damit doppelt so hoch wie in den USA. Angesichts der geringen Beschäftigungseffekte und der damit verbundenen geringeren Entlastung dürfte der „Tax Credit“ die öffentlichen Haushalte in Großbritannien deutlich mehr belasten als in den USA.

Schlussfolgerungen

Die Clinton- und die Blair-Regierung wollten mit Einkommenssubventionen in Form von Steuergutschriften Arbeit für Transferempfänger attraktiver machen. Ein verändertes System der Leistungsgewährung und schärfere Auflagen für nichterwerbstätige Leistungsempfänger flankierten die Einkommenssubvention.

In den USA stieg die Erwerbsbeteiligung – insbesondere in der Gruppe der Alleinerziehenden – seit Mitte der 1990er Jahre stark an. Die Armut unter den Arbeitenden ist insbesondere in Haushalten mit Kindern deutlich zurückgegangen. Allerdings dürften die nichterwerbstätigen Leistungsempfänger zu den Verlierern der Reform gehören.

In Großbritannien führten die Einkommenssubventionen für Geringverdiener dagegen zu deutlich geringeren Effekten. Drei Aspekte sind dafür verantwortlich: ein geringerer Arbeitsanreiz wegen der relativ großzügigen Mindestsicherung, ungenügend abgestimmte Programme

und das Fehlen verpflichtender Auflagen zur Arbeitsuche und Arbeitsaufnahme für die Mehrheit der Leistungsempfänger.

Die britischen Erfahrungen verweisen auf ein grundlegendes Dilemma, dem die europäischen Sozialstaaten ausgesetzt sind. Orientiert man sich an dem Prinzip einer bedarfsdeckenden Grundsicherung, fallen die Erwerbsanreize aufgrund eines geringen Lohnabstandes deutlich schwächer aus als in einem System ohne garantiertes Existenzminimum wie in den USA.

Das britische Beispiel verdeutlicht, dass der Zielkonflikt zwischen einer sozialpolitisch erwünschten Armutsvermeidung und arbeitsmarktpolitisch geforderten höheren Arbeitsanreizen bislang nicht gelöst werden konnte. Das gilt auch für Länder wie Deutschland, die weiterhin eine existenzsichernde Grundsicherung für alle gewährleisten wollen. Hier zeigen Kombilohnmodelle, die dem Grundprinzip einer negativen Einkommenssteuer folgen, nur relativ geringe Beschäftigungseffekte, wenn die Belastung für die öffentlichen Haushalte in Grenzen gehalten werden soll (vgl. Seite 81 ff).

Die Autoren



PD Dr. Herbert Brücker
ist Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ am IAB.
herbert.bruecker@iab.de,



Regina Konle-Seidl
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ am IAB.
regina.konle-seidl@iab.de

Literatur

Adam S., M. Brewer and A. Shephard (2006): The poverty trade-off: work incentives and income redistribution in Britain. Institute for Fiscal Studies (IFS) London, October

Blank, R. (2002): Evaluating Welfare Reform in the United States; Journal of Economic Literature, Vol. 40 (4), 1105-1166.

Brewer M, A. Duncan and A. Shephard (2007): Did working families' tax credit work? The impact of in-work support on labour supply in Great Britain. In: Labour Economics, Vol. 13, N° 3, 699-720

Grogger, J. und Karoly, L. A. (2005): Welfare Reform. Effects of a Decade of Change. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts.